



Presse- mitteilung

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin
TEL +49 (0)1888 441-2225
FAX +49 (0)1888 441-1245
INTERNET www.bmgs.bund.de
E-MAIL pressestelle@bmgs.bund.de

Berlin, 4. Mai 2004
Nr. 130

Erfolg der Gesundheitsreform: Arzneimittelausgaben auf dem niedrigsten Stand

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung stellt klar: Die Arzneimittelausgaben sind nach den vorläufigen Zahlen im 1. Quartal 2004 um über 900 Mio. Euro gesunken. Das ist der höchste Rückgang der Arzneimittelausgaben, der jemals in einem Quartal erfolgt ist und ein positives Ergebnis der am 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Gesundheitsreform.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung weist Versuche zurück, die eingetretenen Ausgabensenkungen klein zu rechnen. Abschließende Daten über die einzelnen Komponenten der Ausgabenentwicklung liegen noch nicht vor. Alles andere sind ungesicherte Spekulationen.

Durch die Gesundheitsreform hat der Gesetzgeber umfangreiche Maßnahmen getroffen, durch welche die Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung bei den Arzneimittelausgaben um mehr als 3 Mrd. entlastet werden. Damit hat die Politik im parteiübergreifenden Konsens einen substanziellen Beitrag zur Senkung der Arzneimittelausgaben geleistet. Jetzt sind Ärztinnen und Ärzte gefordert. Letztlich beeinflussen sie durch ihr Verschreibungsverhalten, welche Arzneimittel eingesetzt werden und welche Kosten entstehen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung fordert die Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen nachdrücklich auf, ihre durch das Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten zur Steuerung der Arzneimittelverordnung aktiv zu nutzen. Die Verdrängung bewährter und preisgünstiger Arzneimittel ist aus medizinischer und wirtschaftlicher Sicht unsinnig. Wir erwarten von allen Beteiligten im Interesse der Patienten und der Beitragszahler ein wesentlich stärkeres Engagement, um die Einsparpotenziale konsequent und nachhaltig zu erschließen.

Die Gesundheitsreform sieht vor, dass künftig der Nutzen besonderes bei neuen und teureren Arzneimittel durch unabhängigen wissenschaftlichen Sachverstand bewertet wird. So soll in Zukunft durch das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen eine übermäßige Beeinflussung der Ärzteschaft durch den interessegeleiteten Außendienst der Pharmaindustrie vermieden werden.

Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenkassen sinken

